

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Fünftes Gesetz zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Fünftes Gesetz zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes

A. Problem

Im Rahmen der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) hat der Bundesgesetzgeber die bisherigen Vorgaben der Herstellung einer möglichst weitreichenden Barrierefreiheit erweitert auf die Zielsetzung der Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit in der Nahverkehrsplanung bis zum 1. Januar 2022. Adressat sind die kommunalen Aufgabenträger, die die Anforderungen an Umfang und Qualität des Verkehrsangebotes in der Regel in einem Nahverkehrsplan definieren. Konkret regelt § 8 Absatz 3 PBefG:

„Der Nahverkehrsplan hat die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen, für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. (...) Bei der Aufstellung des Nahverkehrsplans sind die vorhandenen Unternehmer frühzeitig zu beteiligen; soweit vorhanden sind Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte, Verbände der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Fahrgäste und Fahrgastverbände anzuhören. Ihre Interessen sind angemessen und diskriminierungsfrei zu berücksichtigen. Der Nahverkehrsplan bildet den Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs.“

Nach § 3 Absatz 3 des ÖPNV-Gesetzes ist die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen öffentlichen Personennahverkehr freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Danach obliegt den kommunalen Aufgabenträgern die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für ein attraktives Verkehrsangebot unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen.

Der dynamische Prozess der weiteren Umsetzung der Barrierefreiheit im Interesse aller mobilitätseingeschränkten Menschen muss weiter befördert werden, um durch gezielte Maßnahmen eine stetige Annäherung an eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. Dafür sind bei den kommunalen Aufgabenträgern umfassende Investitionen insbesondere in Infrastruktur (Fahrzeuge, Haltestellen etc.) nötig, die einer finanziellen Unterstützung des Landes bedürfen. Diese soll zur Stärkung der Aufgaben- und Ausgabenverantwortung im Rahmen der pauschalierten Zuweisung des ÖPNV-Gesetzes für Investitionen in die Barrierefreiheit gewährt werden.

Das Land Brandenburg stellt für die Jahre 2017 und 2019 jeweils 3 Millionen und 6 Millionen Euro für das Jahr 2018 zur Verfügung. Davon werden die pauschalierten Zuweisungen in Höhe von 85 Millionen Euro für alle kommunalen Aufgabenträger um 1 Millionen Euro jährlich erhöht. Die verbleibenden Beträge in Höhe von 2 Millionen Euro für 2017 und 2019 und von 5 Millionen Euro für 2018 erhöhen die bereits gewährte pauschalierte Zuweisung in Höhe von 5 Millionen Euro der kommu-

nenen Aufgabenträger von Verkehren gemäß § 4 Absatz 1 und 3 des Personenbeförderungsgesetzes.

Die Verteilung der Mittel wird in der ÖPNV-Finanzierungsverordnung geregelt. Während die zusätzliche Zuweisung an alle kommunalen Aufgabenträger jährlich nach dem grundsätzlichen dynamischen Schlüssel verteilt wird, erfolgt die Zuweisung an die kommunalen Aufgabenträger von Verkehren gemäß § 4 Absatz 1 und 3 des Personenbeförderungsgesetzes jährlich nach einem festen Prozentsatz. In diesem Prozentsatz werden die Anzahl der Fahrzeuge und das durchschnittliche Alter der Fahrzeuge des Aufgabenträgers bzw. der Verkehrsunternehmen zur Anzahl der Fahrzeuge und das durchschnittliche Alter der Fahrzeuge aller betroffenen Aufgabenträger ins Verhältnis gesetzt und jeweils hälftig berücksichtigt.

Unter der Prämisse, dass der Investitionsbedarf zur Herstellung der Barrierefreiheit für kommunale Aufgabenträger mit einer höheren Anzahl älterer Fahrzeuge größer ist als bei einem jüngeren Fahrzeugbestand stellt der gewählte Verteilungsmaßstab einen praktikablen Kompromiss zur angemessenen Berücksichtigung von Anzahl und Alter der betroffenen Fahrzeuge dar, der den betroffenen kommunalen Aufgabenträger darüber hinaus größtmögliche Flexibilität bietet.

B. Lösung

Der Gesetzentwurf enthält die notwendigen Regelungen und Anpassungen.

C. Rechtsfolgenabschätzung

I. Erforderlichkeit

Die Erhöhung der pauschalierten Zuweisung kann nur durch die Änderung des ÖPNV-Gesetzes umgesetzt werden.

II. Zweckmäßigkeit

Eine zweckmäßige Alternative besteht nicht.

III. Auswirkungen auf Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltung

keine

D. Verfahrensbeteiligte im Sinne des Kapitels I Nummer 1 der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung über die Unterrichtung des Landtages nach Artikel 94 der Verfassung des Landes Brandenburg

Verfahrensbeteiligte sind der Landkreistag, der Städte- und Gemeindebund, der Verband deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV), die Brandenburger Unternehmensgemeinschaft ÖPNV (BUG), der Bundesverband deutscher Omnibusunternehmen (BDO), der Landesbehindertenbeirat.

E. Zuständigkeiten

Federführend ist das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung.

Gesetzentwurf für ein

Fünftes Gesetz zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes

Vom ...

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 10 des ÖPNV-Gesetzes vom 26. Oktober 1995 (GVBl. I S. 252), das zuletzt durch das Gesetz vom 14. März 2014 (GVBl. I Nr. 15) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Die kommunalen Aufgabenträger erhalten vom Land zusätzlich zu dem Betrag nach Absatz 2 Satz 1 für die Jahre 2017 bis 2019 einen Betrag von 1 Millionen Euro. Die kommunalen Aufgabenträger von Verkehren gemäß § 4 Absatz 1 und 3 des Personenbeförderungsgesetzes erhalten vom Land zusätzlich für das Jahr 2017 einen Betrag von 2 Millionen Euro, für das Jahr 2018 einen Betrag von 5 Millionen Euro und für das Jahr 2019 einen Betrag von 2 Millionen Euro. Die Mittel nach den Sätzen 1 und 2 sind für Investitionen zur Herstellung der Barrierefreiheit nach § 3 Absatz 3 des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes zu verwenden.“

2. Absatz 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 werden die Wörter „nach Absatz 2“ durch die Wörter „nach den Absätzen 2 und 3 Satz 1“ ersetzt.
- b) In Satz 3 Nummer 5 werden „nach den Wörtern nach Absatz 1 Satz 2“ die Wörter „und Absatz 3“ eingefügt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft.

Potsdam, den [Datum der Ausfertigung]

Die Präsidentin des Landtages Brandenburg

Britta Stark

Begründung

A. Allgemeiner Teil

Im Rahmen der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) hat der Bundesgesetzgeber die bisherigen Vorgaben der Herstellung einer möglichst weitreichenden Barrierefreiheit erweitert auf die Zielsetzung der Umsetzung einer vollständigen Barrierefreiheit in der Nahverkehrsplanung bis zum 1. Januar 2022. Hintergrund für die Vorgabe des aktuellen PBefG sind die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung vom 13. Dezember 2006, seit dem 26. März 2009 für Deutschland verbindlich), die die Mitgliedstaaten zu einem Höchstmaß an Barrierefreiheit verpflichtet.

Adressat der PBefG-Regelung sind die kommunalen Aufgabenträger, die die Anforderungen an Umfang und Qualität des Verkehrsangebotes in der Regel in einem Nahverkehrsplan definieren. Konkret regelt § 8 Absatz 3 PBefG:

„Der Nahverkehrsplan hat die Belange der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Menschen mit dem Ziel zu berücksichtigen, für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. (...) Bei der Aufstellung des Nahverkehrsplans sind die vorhandenen Unternehmer frühzeitig zu beteiligen; soweit vorhanden sind Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeiräte, Verbände der in ihrer Mobilität oder sensorisch eingeschränkten Fahrgäste und Fahrgastverbände anzuhören. Ihre Interessen sind angemessen und diskriminierungsfrei zu berücksichtigen. Der Nahverkehrsplan bildet den Rahmen für die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs.“

Nach § 3 Absatz 3 des ÖPNV-Gesetzes ist die Sicherstellung einer ausreichenden Bedienung im übrigen öffentlichen Personennahverkehr freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise und kreisfreien Städte. Danach obliegt den kommunalen Aufgabenträgern die Aufgaben- und Ausgabenverantwortung für ein attraktives Verkehrsangebot unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von in ihrer Mobilität eingeschränkten Menschen.

Der dynamische Prozess der weiteren Umsetzung der Barrierefreiheit im Interesse aller mobilitätseingeschränkten Menschen muss weiter befördert werden, um durch gezielte Maßnahmen eine stetige Annäherung an eine (nicht definierte) vollständige Barrierefreiheit zu erreichen. Dafür sind bei den kommunalen Aufgabenträgern umfassende Investitionen insbesondere in Infrastruktur nötig, die einer finanziellen Unterstützung des Landes bedürfen.

Die finanzielle Unterstützung des Landes ist investiv für Maßnahmen zur Umsetzung der Barrierefreiheit einzusetzen und entsprechend nachzuweisen. Dabei wird auf die umfassende und vom Land Brandenburg gesetzlich formulierte Begriffsbestimmung der Barrierefreiheit in § 3 Absatz 3 des Gesetzes des Landes Brandenburg zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Brandenburgisches Behindertengleichstellungsgesetz) abgestellt:

„Barrierefreiheit liegt vor, wenn bauliche und sonstige Anlagen, Verkehrsmittel, technische Gebrauchsgegenstände, Systeme der Informationsverarbeitung, akus-

tische und visuelle Informationsquellen und Kommunikationseinrichtungen sowie andere gestaltete Lebensbereiche für Menschen mit Behinderungen in der allgemein üblichen Weise ohne besondere Erschwernis und grundsätzlich ohne fremde Hilfe zugänglich und nutzbar sind. Eine besondere Erschwernis liegt auch dann vor, wenn Menschen mit Behinderungen die Mitnahme oder der Einsatz benötigter Hilfsmittel verweigert oder erschwert wird.“

Der Nachweis des zweckentsprechenden Mitteleinsatzes wird in der ÖPNV-Finanzierungsverordnung geregelt.

B. Besonderer Teil

I. Zu Artikel 1 (Änderung des ÖPNV-Gesetzes)

§ 10 Absatz 3 enthält die Regelungen zur Verteilung der zusätzlichen finanziellen Mittel. Von den in 2017 bis 2019 jährlich zur Verfügung gestellten Gesamtbeträgen erhalten alle kommunalen Aufgabenträger jeweils 1 Million Euro. Die weiteren Beträge von 2 Millionen Euro in 2017 und 2019 und 5 Millionen Euro in 2018 erhalten die Aufgabenträger, die Straßenbahn und O-Bus betreiben. Durch diese Verteilung wird den finanziellen Erfordernissen zur Umsetzung der Barrierefreiheit, insbesondere jedoch dem infrastrukturellen Aufwand der spurgeführten Verkehrsmittel, Rechnung getragen.

Zur Regelung, welche Investitionen zur Herstellung der (vollständigen) Barrierefreiheit getätigt werden können, wird auf die Begriffsbestimmung in § 3 Absatz 3 des Gesetzes des Landes Brandenburg zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Brandenburgisches Behindertengleichstellungsgesetz) abgestellt. Eine konkrete oder auch nur beispielhafte Benennung von investiven Maßnahmen wird dem umfassenden Anliegen der Barrierefreiheit nicht gerecht und schränkt die Flexibilität der kommunalen Aufgabenträger ein. Dabei soll die Frage, ob eine vollständige Barrierefreiheit erreichbar und ggf. wann und wie eine untergeordnete Rolle spielen.

Die Befristung der Mittel auf die Jahre 2017 bis 2019 erfolgt im Hinblick auf den Wegfall der Entflechtungsmittel 2019 sowie die damit verbundene finanzielle Neustrukturierung des ÖPNV-Gesetzes und nach Maßgabe des Haushaltsgesetzes 2017/2018.

Das Verfahren zur Verteilung der Beträge und zum Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel wird in der ÖPNV-Finanzierungsverordnung geregelt.

Bei den Änderungen in Absatz 4 handelt es sich um Folgeänderungen.

II. zu Artikel 2 (Inkrafttreten)

Artikel 2 regelt das rückwirkende Inkrafttreten mit Wirkung zum 1. Januar 2017. Das Rückwirkungsverbot wird nicht tangiert, weil die vorgenommenen Änderungen keine belastenden Regelungen für die Normadressaten enthalten.